

AUGE/UG	<b><i>Forderungen an die künftige Bundesregierung</i></b>
R02	
Zuweisung	<b>Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt</b>

Dieser Antrag beschäftigt einige Bereiche, so ua auch Wirtschafts- und Steuerrecht. Diese Punkte werden in den zuständigen Ausschüssen behandelt. Im Ausschuss Arbeit und Arbeitsmarkt wird nur der Punkt Arbeit und soziale Sicherheit behandelt.

Menschengerechte Arbeitszeit:

Ein paar Punkte entsprechen der bereits bestehenden Beschlusslage, andere sind sehr viel weitergehend gefasst. Der angenommene FSG Antrag zur Arbeitszeit verlangt eine „Reparatur“ der Novelle 2018, der AUGÉ Antrag eine Rücknahme. Die vom Antrag geforderten Ansprüche zB im Zusammenhang mit Bildungskarenz, Sabbatical, etc sind sehr allgemein formuliert und müssen gewerkschaftlich diskutiert werden. Kurzfristig bleibt abzuwarten, welche Schwerpunkte die neue Regierung setzen wird und ob sich die Arbeitszeit-Ansätze der AUGÉ dort niederschlagen könnten.

Arbeitslosenversicherung:

Die Punkte „Keine Abschaffung der Notstandshilfe“ und „Wiedereinführung des arbeitsmarktpolitischen Ziels 50 % der AMS Fördermittel für Frauen“ entsprechen der bereits bestehenden Beschlusslage. Bei den drei übrigen Punkten müssten noch einige Dinge genauer erläutert bzw diskutiert werden, zB Anhebung der Nettoersatzrate auf wieviel Prozent genau, Armutgefährdungsschwelle (nach der Armutskonferenz?).

Integration:

Europäisches Recht der Familienzusammenführung soll beim nächsten Ausschuss zum Thema Integration mitdiskutiert werden. Bis zu dieser Ausschuss-Sitzung wird es ein Dokument geben, in dem die bisherige Beschlusslage zur Zuwanderung und Integration abgebildet ist.

Die anderen Punkte zum Thema Arbeitslosenversicherung sollten dann im Ausschuss am 29.9. zum Thema „Algorithmus im AMS“ konkreter formuliert und diskutiert werden. Der Ausschuss ist mit dieser Vorgangsweise einverstanden.